



GzSdW zur Datenerhebunginitiative der EU:

Nicht Schutzstatus des Wolfs, sondern Herdenschutz gehört in den Fokus

Essen, 21.09.2023

Die EU-Kommission hat "Kommunen, Wissenschaft und alle am Thema Interessierten" in einer [Pressemitteilung](#) aufgerufen, bis zum morgigen Freitag "aktuelle Daten über die wachsenden Wolfspopulationen und die Folgen" zu melden. Die Rückkehr der Wölfe führe zunehmend zu Konflikten, so dass auf Basis dieser Daten eine Änderung des Schutzstatus geprüft werden soll.

Diese mögliche "Änderung" bedeutet nichts anderes als eine Lockerung des strengen Schutzes für den Wolf, um Abschüsse zu erleichtern. Wir, die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe (GzSdW), halten eine solche Lockerung weder für vereinbar mit dem [Internationalen Übereinkommen für Biodiversität](#) noch geeignet, die Herausforderungen durch die Rückkehr der Wölfe zu mindern, vor denen vor allem Weidetierhalterinnen und -halter stehen. Vielmehr scheint Stimmungsmache gegen den Wolf nun auch auf Ebene der EU-Kommission angekommen zu sein.

Was fehlt, ist funktionierender Herdenschutz, nicht Daten zu Wolfspopulationen

Denn so wie aus vielen anderen EU-Staaten seriöse Daten vorliegen, gibt es auch für Deutschland ein gut funktionierendes Wolfsmonitoring-System, für das die [Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes](#) (DBBW) Monitoringdaten der Bundesländer jährlich veröffentlicht. Nicht fehlende Daten sind deshalb das Problem hinter zunehmenden Konflikten, sondern fehlender Herdenschutz: Fast ausnahmslos geht es um Wolfsangriffe auf Schafe, Ziegen und andere Nutztiere. Diese Nutztierrisse treffen in den meisten Fällen nicht ausreichend geschützte Tiere. So stellt die DBBW in ihrem [Bericht zu Prävention und Nutztierschäden 2022](#) fest, „dass auch 2022 in knapp der Hälfte bis drei Viertel der Übergriffe auf Schafe und Ziegen kein bzw. nur ein eingeschränkter Mindestschutz vorhanden war“.

Woran es beim Herdenschutz mangelt, ist für Deutschland lange bekannt:

- fehlende flächendeckende Förderung des Herdenschutzes
- hohe bürokratische Hürden für die Beantragung von Fördergeldern
- von Bundesland zu Bundesland andere Regelungen, damit erschwerter Austausch von Weidetierhalterinnen und -haltern untereinander
- ausbaufähige Beratungsangebote, v. a. für die vielen Kleinsthalterinnen und -halter
- fehlende Förderung der Arbeitskosten
- Bundesländer rufen EU-Gelder nicht ab, Herdenschutzmittel erreichen ihr Ziel nicht
- Herdenschutzförderung für Hirtinnen und Hirten: bislang Fehlanzeige

Hinzu kommen populistische Versprechungen zu wolfsfreien Zonen und erleichterten Abschüssen, die fahrlässig den Eindruck erwecken, das "Problem Wolf" erledige sich bald von selbst.

Auch EU-weit zeigt sich: Wo hohe Risszahlen durch Wölfe beklagt werden, funktioniert der

Herdenschutz nicht. Wir appellieren deshalb an die EU-Kommission, den Schutzstatus des Wolfs zu erhalten und sich stattdessen auf die Förderung erfolgreicher Koexistenz durch Herdenschutz zu konzentrieren.

Beispiele dafür gibt es einige: Die gut 50 Halterinnen und Halter der [IG Herdenschutz plus Hund](#) etwa halten gut die Hälfte der Schafe in Sachsen-Anhalt, auch mitten in Wolfsgebieten. Seit Jahren gibt es dort **keine Risse** mehr, da die IG über das Voneinander-Lernen wirksamen Herdenschutz erreicht hat. Und auch das [Herdenschutzprojekt in Niedersachsen](#) zeigt, dass beides geht: Weidetierhaltung und Wölfe.

Kontakt:

Nicole Kronauer, Nieberdingstr. 23, 45147 Essen

0201/780672

nicole.kronauer@gzsdw.de